

Republikaner im Kreistag Esslingen

HH-Rede Kreistag am 5.11.2020

Anrede

Verweis auf kurze Redezeit und auf **12 HH- Anträge**, davon zwei zusammen mit der AfD-Fraktion.

Herr Landrat, Sie und Ihre Mitarbeiter haben in den letzten **Corona-Monaten** ein **Riesenarbeitspensum** geleistet. Dafür herzliche Dank auch von meiner Seite. Dank auch für Ihren Mut und Ihre deutlichen Worte zum **aktuellen Infektionsgeschehen**. Wenn Sie offen das unverantwortliche Verhalten von Türkischstämmigen in ihrem Heimaturlaub und später in Deutschland ansprechen, dann haben sie meine Unterstützung. Lassen Sie sich auch nicht von Linken inner- und außerhalb des Kreistags beeindrucken.

Herr Landrat, Sie informierten uns in der Oktober-Sitzung darüber, dass die **Pandemie** im Kreisgebiet zu einem wesentlichen Teil von Menschen ausging, die im **Frachtzentrum Köngen** gearbeitet und in Asylbewerberheimen im Umkreis untergebracht waren.

In einem Antrag möchten wir Republikaner wissen, ob und wie das Integrationsmanagement in Corona-Zeiten funktioniert.

Nachdem in den Kommunen des Kreises bis Mitte 2020 immerhin **36 Vollzeitstellen** für **Integrationsmanager** geschaffen wurden, möchten wir wissen, ob und wie diese bei der Aufgabenbewältigung mitgearbeitet haben.

Zu klären ist auch, ob sich die Asylbewerber loyal an die Vorgaben gehalten haben.

Corona zeigt auch, dass die **Kernfunktionen des Staates** wie Sicherheit und Ordnung gestärkt werden müssen. Ich denke dabei an die Ordnungs- und Gesundheitsämter. Der Trend zum Dienstleistungsstaat ist zu überdenken.

Die Pflichten der Einzelnen gegenüber dem Staat müssen neu definiert werden.

Der Kreis Esslingen war sowohl in der ersten als auch zweiten Corona-Welle ein **Hot-Spot**.

Dies hat unserem Image als moderner, innovativer Standort und Lebensraum sehr geschadet. Deshalb muss unser Landkreis besondere Anstrengungen unternehmen seine **Außendarstellung** zu verbessern.

Ein erster, kleiner Schritt wäre, dass an den Kreisgrenzen auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen **Willkommensschilder** aufgestellt werden, welche die einfahrenden Bürger und Besucher willkommen heißen.

Ich verweise auf die Anstrengungen des Kreises Göppingen und vor allem des **Rems-Murr-Kreises**.

(gemeinsamer Antrag REP und AfD-Fraktion).

Das **Klimaschutzkonzept** des Landkreises, setzt zu einseitig auf **Elektromobilität**.

So warnt der Betriebsratsvorsitzende von Daimler, Michael Brecht zu Recht davor, herkömmliche Verbrennungsmotoren zu verteufeln. „Elektromotoren seien kein Allheilmittel für die Zukunft.“

Eine solche Entwicklung wird die in unserem Landkreis **starken Zulieferbetriebe** voll treffen und viele, gut bezahlte Arbeitsplätze kosten.

Wir brauchen auch künftig **verschiedene Antriebskonzepte** ; saubere Diesel und Benziner gehören dazu.

Prof. Radermacher, ein ausgewiesener Experte, schlägt vor, dass eine hochtechnische Nation, wie Deutschland, technische Lösungen, wie einen **klimaneutralen synthetischen Kraftstoff** entwickeln soll.

Meine Damen und Herren,

das Thema **Pflege** liegt uns Republikaner schon seit Jahren am Herzen.
In zwei Anträgen möchten wir wissen, wie viele Pflegeplätze aufgrund der Einzelzimmerverordnung bei den Pflegeheimen abgebaut wurden und wie viele dort lebenden Personen Sozialhilfe bekommen.

Wir möchten auch, dass Senioren so lange wie möglich am sozialen Leben teilnehmen können. In den nächsten Jahren ist demografisch damit zurechnen, dass die „starken Jahrgänge“ selbst pflegebedürftig werden und die Familien überfordert sind.
Deshalb wollen wir, dass der Landkreis ein Pilotprojekt „**Jungsenioren helfen Altsenioren**“ startet. Jungsenioren helfen z.B. bei Einkäufen, Arztbesuchen und begleiten bei Veranstaltungen. Dadurch erwerben sie sich **Anwartschaften** für spätere, eigene Betreuung.
Die Städte und Gemeinden fungieren dann dafür als Garanten.

Der **Landkreis** gibt lt. Haushaltsplanentwurf seine bisherige, wenn auch nicht immer konsequent verfolgte, **Politik der Schuldenbegrenzung auf**.

So steigt die Verschuldung bereits nach der Septemberschätzung allein im Kernhaushalt ohne die Krankenhäuser von 112 auf 167 Mio €.

Der Kreis bekam hohe Zuweisungen von Bund und Land und ging von besseren Erwartungen für das nächste Jahr aus.

Diese **optimistische Sicht** ist nach dem erneuten , partiellen Lockdown für mindestens November 2020 nicht mehr zu halten.

Um eine zunehmende Verschuldung zu vermeiden, müssen entweder bestimmte Investitionen, wie der Neubau des Landratsamtes, verschoben und/ oder eine **höhere Kreisumlage** erhoben werden.

Deshalb ist für das Jahr 2020 ein **Umlagehebesatz** von mindestens 32% angemessen.
(Gemeinsamer Antrag mit AfD-Fraktion).

Kreisrat Ulrich Deuschle

Es gilt das gesprochene Wort

Gemeinsamer Antrag AfD-Fraktion und Ulrich Deuschle, Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 - Antrag Nr. 1 : Willkommensschilder an Kreisgrenzen

Der Landkreis Esslingen stellt an seinen Kreisgrenzen Willkommensschilder auf. Die Schilder werden an den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen auf Höhe der Kreisgrenze aufgestellt. Dort heißen sie einfahrende Bürger und Besucher willkommen.

Begründung:

Viele Landkreise setzen schon lange auf Willkommensschilder. So haben zum Beispiel in der Region Stuttgart der Kreis Göppingen und der Rems-Murr-Kreis in den letzten Jahren sich diesbezüglich engagiert. Während der Kreis Göppingen mehr auf Steingabionen setzt (Siehe vor Schlierbach oder am Reußenstein), bieten die Rems-Murr-Schilder (Siehe Schorndorf-Schlichten) auch die Möglichkeit viele Facetten des Kreises abzubilden und auch auf besondere Ereignisse hinzuweisen. So sagt z.B. Landrat Richard Sigel „ Regionale Identität liegt voll im Trend“ oder „ Das Comeback des BK-Kennzeichens im Rems-Murr-Kreis ist eine Erfolgsgeschichte und ein Beispiel dafür, dass sich die Menschen mit ihrer Heimat identifizieren.“
Zusätzlich sei dies ein Instrument des Standortmarketings.

Der Antragsteller weist darauf hin, dass auch bei uns das identitätsstiftende NT-Kennzeichen ein großer Erfolg geworden ist und der Landkreis Esslingen gerade in der jetzigen Corona-Zeit besondere Anstrengungen nötig hat, seine Außendarstellung zu verbessern.

AfD-Fraktion

Deuschle

4.11.2020

Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 2 : Auswirkungen des Brexit auf Bürger und Wirtschaft im Landkreis Esslingen

Die Verwaltung berichtet über die zu erwartenden Auswirkungen eines Austritts Großbritanniens (Brexit) aus der Europäischen Union auf Bürger und Wirtschaft im Kreis Esslingen

Begründung :

Der Antragsteller hat vor ca. **vier Jahren** den fast **gleichlautenden Antrag** gestellt.

Die Verwaltung konnte damals nur allgemeine Aussagen zur Thematik machen, weil die Entscheidung der britischen Bürger noch ziemlich neu war und werde Positionen noch Strategien der beiden Verhandlungspartner Europäische Union und Großbritannien vorlagen bzw. erkennbar waren.

Heute sind klarere Aussagen möglich, die zur Planungssicherheit vieler Unternehmen und Bürgern in unserem Landkreis beitragen können.

Konkret bitte ich um Klärung :

Welche Einbußen für Wachstum und Beschäftigung im Kreis Esslingen erwartet die Verwaltung in etwa ?

Welche Branchen sind in erster Linie betroffen ?

Welche Auswirkungen sind speziell für den Maschinenbau zu erwarten ?

Welche Konsequenzen gibt es für deutsche Staatsbürger, die in Großbritannien arbeiten und für Briten, die bei uns ihren Lebensunterhalt verdienen ?

Was hat die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit IHK, Kreissparkasse und anderen Einrichtungen bisher unternommen bzw. unternimmt sie um wenn nötig entgegen zu steuern ?

Republikaner im Landkreis Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 3 : Breitbandausbau im Landkreis Esslingen

Die Verwaltung berichtet über den Stand des Breitbandausbaus im Landkreis Esslingen.

Begründung :

Der Breitbandausbau auf Regions- und Kreisebene in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft ist zur Sicherung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Landkreises von höchster Dringlichkeit.

Dies gilt besonders deshalb, weil Region Stuttgart und damit auch der Kreis Esslingen beim Glasfaserausbau unter 15 vergleichbaren Regionen erst auf Platz 14 liegen.

Konkret stellen sich folgende Fragen:

1. In welchen Kommunen ist der Ausbau abgeschlossen oder in Umsetzung ?
2. In welchen Kommunen soll in 2021 und 2022 gebaut werden ?
3. Die Telekom hatte im Juli 2018 bei der Gründung der Breitband-Service- Gesellschaft zugesagt, das das Ausbauziel von 90% bei Privathaushalten und 100% bei Gewerbe realisiert werden könne. Dafür würde ein Investment von 1,1 Mrd. € zur Verfügung gestellt.
4. Wie beurteilt die Verwaltung diesbezüglich das „Wolfschluger Modell“ mit gefördertem Anteil und eigenwirtschaftlichem Ausbau ?
Ist dies ein Modell für andere Kommunen ?

Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 4 : Post- und Bankenversorgung als Teil einer bürgernahen Versorgungsstruktur

Die Verwaltung berichtet, ob im Landkreis eine wohnungsnahe Versorgung der Bürger mit Post- und Bankdienstleistungen gewährleistet ist. Die Wirtschaftsförderung entwickelt ggfs. zusammen mit Post, Gemeinde und Agenturinhabern Pilotprojekte zur nachhaltigen Versorgung.

Begründung :

Die Bedeutung einer wohnortnahen Versorgung mit Dienstleistungsangeboten (u.a. Bank- und Postfilialen) vor allem in kleineren Kommunen bzw. Stadt- und Ortsteilen ist auch in Zeiten einer verstärkten Internetnutzung wichtig.

Mit der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) und der darauf basierenden Selbstverpflichtung hatte sich die Deutsche Post AG 2004 verpflichtet, dass in jeder Gemeinde mit mehr als 2 000 Einwohnern mindestens eine stationäre Einrichtung vorhanden sein müsse.

Dies können drei Filialformate sein, nämlich eigenbetriebene Filialen mit einem Komplettangebot, eigenbetriebene Post-Service-Filialen mit einem Basissortiment sowie Partnerfilialen bzw. Postagenturen.

Dem Antragsteller ist bekanntgeworden, dass bei den Partnerfilialen (vor allem in kleineren Gemeinden oder städtischen Randgebieten) die Zahlungen an die Partner so stark reduziert worden sind, dass sich diese Geschäftsmodelle kaum mehr lohnen, was ständige Wechsel und starke Einschränkungen der Öffnungszeiten zur Folge hat.

Das letztere gilt auch für eigene Post-Filialen.

Die Kreissparkasse Esslingen wird um eine Information gebeten, ob das bestehende Filialsystem auch im Jahre 2021 bestehen bleibt.

Republikaner im Landkreis Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 5 : Sicherheit für Fußgänger auf Fahrradwegen im Landkreis Esslingen verbessern

Die Radverkehrsverbindungen im Landkreis wurden durch eine neue Routenführung und Beschilderung für Radfahrer attraktiver. Dabei haben zahlreiche Städte und Gemeinden mitgewirkt. Eine Folge ist aber auch, dass sich durch manche aggressive Fahrradfahrer die Sicherheit für Fußgänger verschlechtert hat. Deshalb erarbeitet der Landkreis ein Konzept, wie die Sicherheit für Fußgänger verbessert werden kann.

Begründung:

Bei der Ausarbeitung des Radkonzepts des Landkreises waren zahlreiche Interessenvertreter von Radfahrern, wie ADFC Ortsgruppen, ADFC Kreisverband, VCD und das Bündnis „Esslingen aufs Rad“ vertreten. Nicht einbezogen wurden die Anliegen von Fußgängern. Tatsächlich ist der Fußgänger im Straßenverkehr besonders gefährdet. Pro zurückgelegtem Kilometer verunglückt er unter allen Verkehrsteilnehmern am häufigsten, wie eine aktuelle Analyse der Allianz zeigt. Die Zulassung von E-Scooter verschärft das Problem noch zusätzlich. Dies gilt im übrigen nicht nur für den Stadtverkehr, sondern auch für Fahrten über Land. Die Finanzierung des Sicherheitskonzepts für Fußgänger kann aus den üppigen 480 000 €, die der Landkreis für Planung und Ausschilderung der Radwege ansetzt, erfolgen.

HH 2021 – Antrag Nr. 6 : Homeoffice – Innovative Ansätze

Der Landkreis Esslingen unterstützt innovative Ansätze beim betrieblichen Mobilitätsmanagement.

Die Wirtschaftsförderung beteiligt sich am Projekt „Next Office“.

Dabei sollen Bürogebäude an Pendlerstationen entstehen, in denen Arbeitgeber für bestimmte Zeit Arbeitsplätze mieten können, damit ihre Mitarbeiter keine zeitaufwendige Fahrt z.B. nach Stuttgart durchführen müssen.

In einem weiteren Schritt kann auch an Kinderbetreuung und andere Services gedacht werden.

Begründung:

Das Homeoffice hat nicht nur in Corona-Zeiten Konjunktur.

Eine Umfrage der WRS hat ergeben, dass sich die Hälfte der Mitarbeiter aus den befragten Unternehmen wünscht, „zwei oder drei Tage pro Woche in Homeoffice“ zu arbeiten.

Allerdings wünscht sich die Mehrheit eine bessere technische Ausstattung vom Computerbildschirm bis zum Datenanschluss.

Von Arbeitgeberseite wird eine höhere Arbeitsproduktivität bei Homeoffice unter bestimmten Bedingungen durchaus gesehen, andererseits kann nicht jeder Heimarbeitsplatz aus Kostengründen technisch spitze ausgestattet werden.

Daraus ergibt sich die Idee des „Next Office“.

Konkret wird die Wirtschaftsförderung des Kreises gebeten, an Pendlerstationen und dafür eignen sich besonders S-Bahn-Haltestellen, zusammen mit den örtlichen kommunalen Wirtschaftsförderern eine Interessenbefragung von Unternehmen durchzuführen und ggfs. Pilotprojekte zu initiieren.

Republikaner im Landkreis Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 7 : Integrationsmanagement in Corona-Zeiten

Die Verwaltung berichtet über die Tätigkeit der Integrationsmanager sowie des Sozialen Dienstes des Landkreises im Zusammenhang mit den Corona-Ausbrüchen in zahlreichen Anschlussunterbringungen von Asylbewerbern.

Begründung :

Die Verbreitung der Pandemie im Kreisgebiet geht zu einem wesentlichen Teil von Menschen aus, die im Frachtzentrum Köngen gearbeitet und in Asylbewerberheimen im Umkreis untergebracht waren.

Hier stellt sich die Frage, ob das Integrationsmanagement seine Aufgabe durchgeführt hat.

Zentrale Aufgabe des Integrationsmanagements ist die individuelle und niedrigschwellige Sozialberatung und -begleitung für Geflüchtete in der Anschlußunterbringung.

Dazu wurden in den Kommunen des Landkreises bis Mitte 2020 insgesamt 36 Vollzeitstellen für Integrationsmanager geschaffen.

Konkret stellen sich folgende Fragen :

1. Wann erfuhr die Verwaltung von den Unterbringungsorten der dort arbeitenden Asylbewerber ?
2. Wurden dann zeitnah die dortigen Integrationsmanager informiert ?
3. Haben diese konstruktiv bei der Aufgabenbewältigung mitgearbeitet ?
4. Warum mussten noch im Oktober Informationsblätter in verschiedenen Sprachen gedruckt werden ? Hatten die Integrationsmanager keinen „Draht“ zu ihrem Klientel ?
5. Haben sich örtliche Arbeitskreise Asyl aktiv eingeschaltet ?
6. Haben sich die Asylbewerber in der Regel an die Vorgaben gehalten ?

Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 8 – Evaluation des Integrationsplan von 2017

Die Verwaltung berichtet über die Evaluation des am 14. Dezember 2017 beschlossenen Integrationsplan für den Landkreis Esslingen.

Konkret wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Welche Ergebnisse hat die mit der Refugio Stuttgart e.V. für die Jahre 2018 und 2019 abgeschlossene Vereinbarung für die Qualifizierung und Fachberatung der Regelsysteme im Landkreis mit jeweils jährlich 35 000 € gebracht ? Wer wurde im einzelnen beraten ?
2. Welche Ergebnisse hat die in Zusammenarbeit mit der freien Trägern der Psychologischen Beratungsstellen sowie der Fachberatungsstellen gegen sexuelle Gewalt geplante, flächendeckende Angebotsstruktur niederschwelliger Anlauf- und Beratungsstellen für belastete Menschen mit Fluchterfahrung gezeitigt ? (Planung für 2018 und 2019 jeweils 110 000 €). Wie viele Flüchtlinge wurden beraten ?
3. Wie erfolgreich ist das vom Landkreis bezuschusste Landesprogramm „VwV Deutsch für Flüchtlinge“ für „besonders lernwillige und motivierte Personen“. Wie viele Personen wurden gefördert ? Wie hoch war die Abbrecherquote ?
Ist eine Weiterförderung mit 130 000 € in 2021 noch erfolgversprechend ?
4. Laufen die Projekte „Elternbegleitung“ und „Dolmetscherkonzept“ (Laufzeit jeweils bis 2020) Ende dieses Jahres aus und welche Ergebnisse gibt es ?
5. Ist das auf zwei Jahre befristete Projekt „Integration durch Ausbildung“ und die darauf fußende Kümmerer-Stelle Ende 2019 ausgelaufen und mit welchem Ergebnis“

Begründung:

Der vor ca. drei Jahren beschlossene Integrationsplan sollte als Querschnittsaufgabe alle Teile des Kreistagsverwaltung, Bildungseinrichtungen, Wohlfahrts- und Wirtschaftsverbände auf das Ziel Integration mobilisieren. Er umfasst 132 Maßnahmen. Für das Jahr 2020 wurde eine Evaluation angekündigt. Deshalb ist dieser umfangreiche Antrag notwendig.

Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 9 : Pflege verbessern – „ Jungsenioren helfen Altsenioren“

Der Landkreis Esslingen unterstützt ein Pilotprojekt „ Jungsenioren helfen Altsenioren“.

Die Jungsenioren helfen u.a. bei Einkäufen, Arztbesuchen oder Begleitung bei Vereinstreffen oder kirchlichen Veranstaltungen.

Dadurch erwerben sie sich Anwartschaften für spätere, eigene Betreuung.

Die Kommunen fungieren als seriöse Organisationsstellen, die sicherstellen, dass die heutige Jungsenioren als spätere Altsenioren die erworbene Betreuung auch wirklich bekommen und dann nicht „alt“ aussehen.

Das Projekt ist nicht für schwere Pflegefälle und fortgeschrittene Demenzerkrankungen geeignet.

Begründung:

Grundsätzlich sollte gelten, dass Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich am sozialen Leben teilnehmen können.

Dazu ist aber ein Betreuungsnetzwerk nötig, zu dem auch ehrenamtliche Helfer verstärkt gehören sollten.

Die Betreuung und Pflege in den Familien wird immer schwieriger, weil die Kinder oft beruflich stark engagiert und nicht mehr das ganze Berufsleben ortsgebunden sind.

Dazu kommt, dass Pflege die Angehörigen überfordern kann.

In den nächsten Jahren ist demografisch damit zu rechnen, dass die starken Jahrgänge in die Rente kommen und mit der Zeit selbst pflegebedürftig werden.

Dies wird die Pflegeversicherung in der heutigen Form überfordern.

Die junge Generation darf aber über Steuern und Abgaben nicht wesentlich stärker belastet werden.

Es ist jetzt an der Zeit entsprechende Modelle, wie vorgeschlagen, auf ihre Umsetzungsmöglichkeit zu testen.

Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 10 : Lage an den Pflegeheimen im Landkreis Esslingen

1. Wie wurde die Landesheimbauverordnung, die u.a. den Umstieg von Doppelzimmern zu Einzelzimmern (mit Ausnahmen) vorsieht, im Jahre 2020 umgesetzt.

Wie viele Pflegeheime haben deshalb oder aus anderen Gründen aufgegeben bzw. ihre Bettenzahl verringert ?

Wie hat sich die Zahl der befristeten Befreiungen entwickelt ?

2. Wie viele Personen lebten zum Stichtag 31.12.2019 stationär in Pflegeheimen und welche Anzahl bekam Leistungen zur Pflegehilfe ?

3. Wie macht sich das im August 2019 beschlossene Angehörigen-Entlastungsgesetz hinsichtlich der Zahl der in Pflegeheimen lebenden Menschen bemerkbar ?

Die Verwaltung erwartet lt. Haushaltsplan einerseits stark verringerte Unterhaltszahlungen und andererseits eine stärkere Unterbringung in Pflegeheimen.

Gibt es dafür schon belastbare Daten ?

4. Die Verwaltung regt an, dass die MDK- Prüfergebnisse relativ aktuell den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zwecks Heimsuche zur Verfügung gestellt werden ?

Begründung:

Der Antrag knüpft an seinen Vorgänger bei den letztjährigen Haushaltsberatungen an, der sehr kompetent beantwortet wurde.

Es ist zu klären, ob das von Herrn Landrat als „Erbenentlastungsgesetz“ bezeichnete Angehörigen-Entlastungsgesetz den erwarteten Effekt zeigt.

Die erneuerten MDK- Prüfergebnisse können durchaus den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen bei der Beurteilung von Pflegeheimen helfen.

Sie sollten aber einigermaßen aktuell sein.

So sind z.B. im AOK-Pflege-Navigator für die Heime in Kirchheim/Teck noch MDK-Prüfergebnisse von 2017 (alte Prüfversion) enthalten, obwohl Daten für 2019 vorliegen.

Hier sollte der Landkreis seinen Einfluß geltend machen.

Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 11 : Kinder- und Jugendarbeit verbessern

Die Verwaltung berichtet über die Umsetzung der Ergebnisse des Planungsprozesses Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Esslingen. Konkret wird um Beantwortung gebeten, ob sich in den Großen Kreisstädten neben dem Kreisjugendring (KJR) andere Betreiber engagiert bzw. Interesse bekundet haben (Förderrichtlinie Nr. 2.2.3). Ferner wird gefragt, welche Kommune das Aufgabenfeld der Kommunalen Kinder- und Jugendarbeit künftig selbst wahrnehmen oder einen freien Träger der Jugendhilfe beauftragen will bzw. dies in der Zwischenzeit schon initiiert hat.

Begründung :

Der Kreistag hat nach einem langwierigen Diskussionsprozess am 4. April 2019 der Rahmenkonzeption „Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Esslingen“ zugestimmt.

Dabei wurde zum einen festgelegt, dass der kreisweite Versorgungsauftrag im Grundsatz auf den KJR übertragen wird und nur begrenzt auf die Großen Kreisstädte auch für andere kompetente Betreiber geöffnet werden soll.

Für kleine und mittlere Kommunen wurde mehrheitlich keine Öffnung erlaubt.

Zusätzlich wurde beschlossen, dass Kommunen selber entscheiden können, ob und wie sie Kommunale Kinder- und Jugendarbeit betreiben wollen.

Der Antragsteller möchte wissen, ob die langjährige, intensive Planungsarbeit in der letzten Arbeitsperiode des Jugendhilfeausschusses in der Praxis etwas von Erfolg gekrönt war.

Gemeinsamer Antrag AfD-Fraktion und Ulrich Deuschle, Republikaner im Kreistag Esslingen

HH 2021 – Antrag Nr. 12 : Kreisumlage auf 32% festsetzen

Der Kreisumlage – Hebesatz für das Jahr **2021** wird auf **32 %** festgesetzt.

Begründung:

Der Landkreis Esslingen gibt lt. Haushaltsplanentwurf 2021 (S. 119) seine bisherige, wenn auch nicht immer konsequent verfolgte, Politik der Schuldenbegrenzung auf.

So steigt die Verschuldung bereits nach der Septemberschätzung im Kernhaushalt von 112 auf 167 Mio €

Die Forderungen an das Land aus der Flüchtlingsunterbringung betragen genauso wie im letzten Jahr 23 Millionen.

Es wird für den Haushalt 2021 weiterhin von der Spitzabrechnung der Flüchtlingskosten ausgegangen. Dabei will das Land ab 2021 zur Pauschale zurückkehren.

Zusätzlich kamen unerwartet hohe Zuweisungen von Bund und Land. Darüber hinaus wurde von besseren Erwartungen für die deutsche Wirtschaft für das nächste Jahr ausgegangen.

So wurde ein Kreisumlage-Hebesatz von **30,8 %** für 2021 angemessen erachtet, der dann mittelfristig bis 2023 auf **32,5 %** erhöht werden soll.

Diese optimistische Sicht ist nach dem erneuten, partiellen

„Lockdown“ für mindestens November 2020 nicht mehr haltbar.

Um eine stark zunehmende Verschuldung zu vermeiden, müssen entweder bestimmte Investitionen verschoben und/ oder eine höhere Kreisumlage erhoben werden.

Die Antragsteller halten deshalb einen Kreisumlage-Hebesatz von **32%** für notwendig. Dies würde auch den Städte und Gemeinden mehr Planungssicherheit geben.

AfD-Fraktion

Deuschle

4.11.2020